

Anrede,

Landauf, landab wurde in den letzten Tagen und Wochen fast bis zum Überdruß an die Ereignisse vor 25 Jahren erinnert.

Als Mauern fielen und der Eiserne Vorhang verschwand, der sich mittlerweile so harmlos anhört als sei es die Sicherheitsvorrichtung eines großen Staatstheaters gewesen.

Doch es war kein Deus ex machina, sondern eine Erhebung im Osten Europas, die das Ende der Teilung Deutschlands, Europas und des Kalten Krieges erzwang.

Es war die Zeit als Politbüros und Zentralkomitees kommunistischer Parteien wie Kartenhäuser zusammenbrachen, Regierungen gestürzt wurden, politische Systeme und letztlich ganze Staaten verschwanden.

„Ein Jahrhundert wird abgewählt“ überschrieb der britische Historiker Timothy Garton Ash damals seinen Bericht aus den Zentren Mitteleuropas. Ein Jahrhundert der Extreme.

Es war das Annus mirabilis – das Wunderjahr, als vielen der Mund offen blieb, man das Wort Waaaaahnsinn freudetrunken mit fünf a schrieb. Nicht wie heute, wo uns der normale Wahnsinn in seiner schrecklichsten Form erreicht, wenn wir die schlimmen Bilder aus der Ostukraine, Syrien und Kobane sehen.

1989 war das Jahr in dem sich die Ereignisse überstürzten, die Realität die Phantasie überholte. Jeder, der heute behauptet er hätte kommen sehen, was geschah lügt oder biegt sich die Geschichte zu recht.

Helmut Kohl hat uns gerade und offenbar nicht ganz freiwillig wissen lassen: er hätte das geahnt, denn die DDR sei Pleite gewesen. Es sei falsch so zu tun, als wäre da plötzlich der heilige Geist über die Plätze in Leipzig gekommen und habe die Welt verändert. Die Vorstellung, die Revolutionäre im Osten hätten in erster Linie den Zusammenbruch des Regimes erkämpft, sei einem Volkshochschulhirn entsprungen.

Bedauerlicherweise spricht da die Bitterkeit eines Mannes, der plötzlich vom Sockel des Kanzlers der Einheit gerissen wurde und uneinsichtig im Schatten des Denkmals vom Unbekannten Spender steht. Leider betreibt er mit solchen Herablassungen die Selbstbeschädigung seiner Verdienste um die deutsche Einheit, die er zweifellos hat.

Das der demokratische Aufbruch als Systemzusammenbruch verkannt wurde, erklärt allerdings warum so viele Gestaltungschancen im Zuge der Deutschen Einheit verpasst und verpatzt wurden.

Im Bonner Kanzleramt hatte man nicht die Wiedervereinigung auf dem Schirm, sondern plante den Gegenbesuch zum BRD-Staatsbesuch von Erich Honecker von 1987 und damit die faktische Anerkennung der DDR.

Niemand war auf die revolutionäre Situation und ihre Folgen vorbereitet.

Zwar betrieb Infratest, wie unlängst zu erfahren war, über Jahrzehnte eine akribische Meinungsforschung zur Stimmungslage in der DDR. Die Bundesrepublik hatte sogar ein Ministerium für innerdeutsche Fragen, nur keines für gesamtdeutsche Antworten. Und in der DDR existierten ganze Bibliotheken pseudowissenschaftlicher Literatur, die den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus beschrieben, aber nicht wie man von dort zurück findet.

Doch der epochale Umbruch 1989 war kein spontanes Ereignis, kein plötzlicher Zusammenbruch, sondern hatte eine lange Vorgeschichte. Kurz gefasst könnte man sagen: Was lange gärt wird Mut. Denn Bürgermut gehörte dazu im Herbst 89 auf die Straße zu gehen, um gegen Unfreiheit, Bevormundung, Willkür und Lüge und gegen ein bis an die Zähne bewaffnetes Regime zu demonstrieren.

Die kommunistischen Staaten Osteuropas sind nicht zusammengebrochen oder implodiert. Ohne den Bürgeraufstand in den Ländern des Ostblocks, ohne das mutige Aufbegehren hätte es das Ende dieser Diktaturen niemals gegeben. Gesellschaften brechen nicht einfach zusammen. Das zeigen China, Nordkorea oder Kuba. Revolutionen vollziehen sich nicht im Selbstlauf. Sie ereignen sich, wie Lenin bei Marx beschrieben hat, immer dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Wenn Menschen rebellisch werden und den Mut fassen etwas zu tun und zu wagen, wozu sie lange nicht bereit waren.

In der DDR wechselte vor 25 Jahren die Angst die Seite. Bekamen es plötzlich die mit der Angst zu tun, die jahrelang Angst verbreitet hatten.

Es war der späte und entscheidende Moment einer fortwährenden Auseinandersetzung mit dem kommunistischen System und seiner inneren Zerrüttung. Den unter Stalin gegründeten Ostblockstaaten hat es von Anfang an demokratischer Legitimation gefehlt. Deswegen standen die Forderungen nach Freiheit und Selbstbestimmung im Mittelpunkt der Ereignisse. Hofften viele darauf, 1989 auch in Mittel- und Osteuropa die Verwirklichung der Ideale von 1789 zu erleben: einen dauerhaft stabilen Rechtsstaat mit der Garantie von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Nicht der Wunsch nach Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse, sondern vor allem die Überwindung unfreier politischer Verhältnisse waren

Kern und Ziel der Proteste. Insofern fand die wahre und folgenreiche Gedenkfeier des 200. Jahrestages der französischen Revolution nicht in Paris, sondern 1989 im Osten Europas statt.

Sicher – die KSZE, die Entspannungspolitik, die russischen Dissidenten, KOR, die Charta 77, Solidarnosc, der polnische Papst, Gorbatschow, die Bürgerrechtler, das NEUE FORUM, die Grenzöffnung in Ungarn, die Ausreisewilligen – das alles hat eine Rolle gespielt.

Wobei - und das sei an dieser Stelle der Legendenbildung zum Trotz gesagt - übersehen viele das Gorbatschows Reformpolitik nicht nur aus freien Stücken und gutem Herzen kam. Seine Machtübernahme war bereits ein Ergebnis der tiefen Systemkrise. Als sich im Frühjahr 1989 die ruhmreiche Rote Armee geschlagen aus Afghanistan zurückzog, waren die Grenzen der militärischen Intervention deutlich geworden. Trotzdem versuchte Gorbatschow noch Anfang 91 die Unabhängigkeitsbewegungen in Litauen und Lettland mit Gewalt zu stoppen. 14 Menschen wurden am Blutsonntag in Vilnius von russischen Panzern zerquetscht. Ein Wegbereiter der deutschen Einheit, wofür er heute gefeiert wird, war er allenfalls wider Willen. Die Standpauke, die er am 8. Oktober 89 dem SED-Politbüro hielt, hatte nicht die Öffnung der Mauer zum Inhalt, sondern die Mahnung sich seiner Reformpolitik anzuschließen. Mit Glasnost und Perestroika wollte Gorbatschow das System stabilisieren und nicht den Warschauer Pakt und die Sowjetunion auflösen. Das erklärt auch heute sein Verständnis für Putins aggressive Großmachtspolitik. Er war vom Mauerfall genauso überrascht, wie alle anderen Großpolitiker dieser Welt. Das er dennoch die deutsche Einheit zugelassen hat, dafür gebührt ihm nach wie vor Dank.

Der gewaltlose Ablauf war nicht vorgesehen. Im Gegenteil, mit Internierungslagern für 85 Tausend Menschen war alles auf den Ausnahmezustand vorbereitet, um eine Wiederholung des 17. Juni im Keim zu ersticken. Und selbst als alles gelaufen war, die Grenze schon offen, gab es den erneuten Versuch die in der DDR stationierte Rote Armee zur Niederschlagung der Friedlichen Revolution zu provozieren. Plötzlich tauchten am 28. Dezember nationalistische und antisowjetische Schmierereien am Treptower Ehrenmal für die gefallen sowjetischen Soldaten auf. Die Täter blieben im Dunklen. Indizien deuteten darauf, dass es die Stasi selbst war. Eine Spur führte nach Dresden, woher der neue Ministerpräsident kam, der die Stasi als Amt für Nationale Sicherheit erhalten wollte. Der Dresdener KGB-Chef Putin ließ alle Akten verbrennen und der Dresdner Stasi-Chef Böhm nahm sich im Februar 1990 das Leben, so dass wir die Wahrheit wohl nie erfahren werden.

Die SED/PDS trommelt am 3. Januar 1990 eine große Demonstration von über 200 Tausend Genossen zusammen, um die angeblich faschistische Gefahr zu bannen. Im Fackelschein warnte der neue Vorsitzende Gysi vor

einer Rückkehr des Faschismus, der durch die einströmenden Neonazis aus dem Westen und dem dort ewig fruchtbaren Schoß käme.

Es war und ist dieser verlogene Antifaschismus, der uns den 17. Juni als faschistischen Putsch einredete, die Mauer zum Antifaschistischen Schutzwall verklärte und heute den demokratischen Aufbruch in der Ukraine als faschistische Revolte diffamiert.

Dabei haben die Vielen auf dem Kiewer Maidan wochenlang in klirrender Kälte friedlich ausgeharrt, um die Rückkehr nach Europa und ein Ende der Korruption zu fordern. Leider mussten wir sehen, dass es auch anders kommen kann, als wir es in Deutschland erlebt haben. Das Hände, die Kerzen gehalten und mit Begeisterung die Europafahne geschwenkt haben, zur Selbstverteidigung auch Steine und Molotowcocktails werfen können.

Die frühen Warnungen des unlängst verstorbenen Philosophen Wolfgang Leonhard belegen, dass die DDR von Anfang an eine Lüge mit drei Buchstaben war. Keine Deutsche Demokratische Republik, denn dafür fehlte sowohl die nationale als auch demokratische Legitimation, sondern genau betrachtet standen die drei Buchstaben für ein Demagogisches Diktatur Regime.

Gemessen an Hanna Arendts Postulat - und hier gibt es ja profunde Kenner - dass der Sinn von Politik Freiheit ist, fehlte diesem Staat von Anbeginn und auf Dauer die Sinnggebung.

Bereits die erste Wahl zur Volkskammer 1950 war eine Farce und dreiste Fälschung. Die Leipziger Studenten Herbert Belter, Gerhard Ryschka und Axel Schröder, die dagegen mit Flugblättern protestierten wurden zum Tode verurteilt und 1951 in Moskau hingerichtet. Ihr mutiger Widerstand gegen die zweite totalitäre Diktatur auf deutschen Boden ist vergleichbar mit dem was Hans und Sophie Scholl taten. Nur das wir diesen antikommunistischen Widerstand kaum kennen und er längst nicht den Stellenwert in unserem Geschichtsbewusstsein gefunden hat.

Ich erwähne das, weil 1989 die routinemäßig gefälschte Kommunalwahl, dieses unglaublich lächerliche Zettelfalten, der Ausgangspunkt anschwellender Proteste war.

Zweifellos befand sich die DDR auch wirtschaftlich in einer angespannten Lage. Nicht vorm Zusammenbruch. Wie lange das noch dauern konnte war am Zustand von Rumänien abzulesen. Das belegt ein Papier von Gerhard Schürer, dem Chef der Staatlichen Plankommission, dass als „Geheime Verschlussache“ verteilt wurde und am 31. Dezember vernichtet werden sollte. Danach waren Industrie und Infrastruktur stark verschlissen, sollte der Konsum um 25 bis 30 % reduziert werden und alles zu Devisen umgerubelt werden was nicht niet- und nagelfest war. Doch nicht nur der

Ausverkauf der Substanz, sondern vor allem der Verlust von Humankapital, die Abstimmung mit den Füßen war katastrophal. So wurde das Kopfsteinpflaster Leipziger Straßen, säuberlich gewaschen, nach Aachen verkauft. In Leipzig lief dafür der Spruch: „Ich wollt', ich wär ein Pflasterstein, dann könnt ich schon im Westen sein!“

Ohne den Mut der Ostdeutschen hätte es die Wiedervereinigung nicht gegeben. Der kleinere, bedrängte Teil unseres Volkes hat für das Ganze Geschichte geschrieben. Aus den Rinnsalen von Bürgerrechtsgruppen erwuchs im Zusammenhang mit denen, die das Land verlassen wollten der breite Strom einer Bürgerbewegung. Nahm die Zahl der Bürger in einem Land ohne Bürgerrechte unaufhörlich zu. Wahr ist aber auch: nicht alle waren daran beteiligt. Etliche haben es als Konterrevolution betrachtet, argwöhnisch verfolgt und noch heute die Faust in der Tasche. Doch letztlich war der lange Atem der Opposition stärker als der lange Arm der Stasi.

Der enorme Druck und Freiheitswille in der DDR hat zum Durchbruch der Angst- und Schweigemauer und der Berliner Mauer geführt. Es war nicht mehr die eigenständige Entscheidung der SED-Führung, sondern eine erzwungene. Die SED lief der Entwicklung hinterher. Mir hat damals ein SED-Funktionär erzählt, dass er seine für den Sonderparteitag vorbereitete Rede fünfmal umschreiben musste, um sie der aktuellen Lage anzupassen. Darum war der Mauerdurchbruch nicht nur das Versehen eines schussligen Politbüromitgliedes und seiner gestammelten Worte: „Das tritt nach meiner Kenntnis – ist das sofort, unverzüglich.“ Ohne den 7. Oktober, die große Leipziger Montagsdemo hätte es den 9. November in Berlin nicht gegeben. Und nicht den 3. Oktober 1990. Ohne die gesteigerte Bereitschaft auf die Straße zu gehen hätte es den Andrang an den Grenzübergängen nicht gegeben. Wäre die frisch errungene Freiheit nicht sofort getestet und die Selbstbefreiung vollendet worden.

In der Terminologie Lenins, dem Altmeister der organisierten Revolution, war das eine Revolution Neuen Typus. Eine Revolution ohne Gewalt, theoretisches Konzept und Avantgarde. Der gleichzeitige Aufbruch etlicher Oppositionsgruppen ohne Drahtzieher und Rädelsführer. Wenn es einen Anführer gab, dann war es die Stadt Leipzig. Keine Heldenstadt, eine nach Sowjetkultur klingende Übertreibung. Vielleicht erkennt man die Helden eher daran, dass sie keine sein wollen.

Es war eine Revolution, bei der Kerzenwachs und kein Blut floss. Demonstranten Transparente statt Waffen in den Händen hielten. Kein Sturm auf die Bastille erfolgte, sondern die gewaltfreie Besetzung der Stasizentralen. Die Akteure nicht auf die Barrikaden gingen, sondern an die Runden Tische. Dem Sturz der Nomenklatura kein Wohlfahrtsausschuss und „Thermidor“ folgten, sondern frei gewählte demokratische Parlamente.

Der friedliche Ablauf entfaltete eine enorme zivilisatorische Kraft, die im Dominoeffekt ein totalitäres System mit seiner verquasteten Ideologie zum Einsturz brachte. Vom Runden Tisch in Polen, der friedlichen Revolution in der DDR, der samtene in der CSSR bis zur singenden im Baltikum, war dies ein eindrucksvoller Beitrag zur Bürgergesellschaft. Das Erringen von Freiheit und Bürgerrechten, ohne das dafür andere Menschen geschlachtet wurden.

Das haben die Völker Osteuropas selbst bewerkstelligt. Nicht die Großpolitiker dieser Welt.

Die friedliche Revolution war im Kern eine protestantische Revolution. Denn der bahnbrechende Ruf: „Keine Gewalt“ ist die prägnante Zusammenfassung der Bergpredigt, der revolutionärsten Stelle im Evangelium. Ausgerechnet im Müntzerjahr, dass Erich Honecker Anfang 89 anlässlich des 500. Geburtstag des Reformators mit der Verkündung einleitete, dass die Mauer noch in 50 oder 100 Jahren stehen werde, sollte das Monstrum fallen. Allerdings nicht durch das Gewaltrecht des Guten, das Müntzer predigte, sondern eher durch zivilen Widerstand im Sinne Bonnhöfers und dem Gründungsmotiv der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“.

Überwiegend waren evangelische Kirchen das Basislager der Revolution. Nie Gewerkschaftsgebäude, Rat- oder Kulturhäuser oder Universitäten. Von den Friedensgebeten, die sich oft zu Bürgerforen ausweiteten, ging es direkt auf die Straße. Mit einer Mischung aus entschlossenem Ernst, protestantischem Gestus und geradezu entwaffnender Vernunft und Disziplin, welche die Aggressionsgefahr gebannt hat.

Zugleich war es eine humane Revolution. Die alte Machtelite kam weitgehend ungeschoren davon. Die SED verlor ihre führende Rolle ohne dass dafür Köpfe rollten. Stasi in die Produktion, nicht in die Koalition hieß die Devise. Die SED rettete sich und ihr Vermögen. Heute fordert die Linke zu Recht Schadenersatz von Bankern und Spekulanten ohne der Logik zu folgen, dass Gleiches auch für die Verantwortlichen eines Staatsbankrottes zutrifft.

Es ist höchste Zeit, die Wende, diese von Egon Krenz erfundene Rettungsformel durch den Begriff der friedlichen Revolution zu ersetzen. Auf die Straße gingen nicht die Fans von Egon Krenz. Sein Gesicht, das noch im Sommer die chinesische Lösung androhte wurde zur Karikatur mit der Unterschrift: „Großmutter, warum hast du so lange Zähne“. Und sein Name zu ironischen Forderungen, wie „Auflösung der K/Grenztruppen“ oder „Blumen statt K/Grenze“. Wahlweise mit K oder G geschrieben.

So richtig es ist, dass sich die Geschichte nicht wiederholt, so wahr ist es auch, dass die Vergangenheit oft zum Prüfstein der Gegenwart wird.

Gerade erleben wir eine bizarre Diskussion um den Begriff Unrechtsstaat. Manche meinen damit würde die DDR dämonisiert und man würde dem wirklichen Leben in diesem Staat nicht gerecht. Doch schon die Ablehnung und verschwiemelte Umschreibung des Begriffs reiht sich ein in die dummschlaue Ostalgyi, die 3 V-Betrachtung der Vergangenheit: der Verdrängung, Verklärung und Verharmlosung. Wurde nach der NS-Diktatur die Unfähigkeit zum Trauern festgestellt, trifft man heute nach der SED-Diktatur vor allem auf die Unwilligkeit des sich in Fragestellens. Oder was war ein Rechtsanwalt in einem Unrechtsstaat?

Es geht nicht darum das Leben in der DDR zu entwerten, sondern den Charakter des Systems zu benennen. Und diejenigen zu würdigen, die darunter gelitten und bürgerliche Standfestigkeit bewiesen haben.

Heute erleben wir eine DDR, die es so schön nie gegeben hat. Natürlich gab es auch anständiges Leben im falschen System. Doch das sollten wir gut auseinander halten. Denn dort, wo die DDR vornehmlich als Erinnern ihrer privaten Alltagsseiten fortlebt, verblasst häufig die Unrechtsnatur des Systems. Immer Recht hatte, wie im Lied besungen, allein die Partei. Den Bürgern blieb nur die Möglichkeit von Eingaben, um wie im Feudalismus die Herrschenden darum zu bitten das kleine Ungerechtigkeiten, Mängel und Missstände beseitigt werden. Doch es war nicht nur die Willkür kleiner und großer Funktionäre, wie das jetzt nach 25 Jahren – Welch irrer Erfolg parteiinterner Aufarbeitung - in die Präambel eines Koalitionsvertrages Eingang finden soll - den wichtigsten und verbindlichsten Teil solcher Verträge, wie wir alle wissen.

Der Begriff Unrechtsstaat ist keine Generalverdammungskeule, kein Gesslerhut oder Gesinnungs-TÜV oder was man alles an kreativer Abwehr hören und lesen kann. Ich finde ihn treffend für einen Staat, der von einer Partei-Nomenklatura beherrscht wurde, der keine freien Wahlen zuließ, keine Gewaltenteilung, kein Verfassungsgericht, keine unabhängige Justiz und freie Presse hatte.

Eher mild für einen Staat, der kollektive Freiheitsberaubung betrieb, um einen fragwürdigen Gesellschaftsentwurf an unterdrückten Menschen umzusetzen. Wo auf Republikflucht ohne Haftbefehl und Gerichtsurteil die Todesstrafe stand, die an der Grenze sofort vollstreckt wurde, wenn der Aufforderung stehen zu bleiben nicht Folge geleistet wurde. In dem man apodiktisch eine Weltanschauung verpasst bekam ohne dass man sich die Welt anschauen konnte. Nicht mal die Gedanken waren frei in einem Staat, der eine alle Lebensbereiche überwachende Geheimpolizei und ein perfides Spitzelsystem unterhielt. Der politische Gefangene, taxiert nach Alter und Qualifikation, wie Leibeigene in den Westen verkaufte. Über ihre Kinder mit Zwangsadoption verfügte oder aufsässige Jugendliche in Jugendwerkhöfe steckte. Der aus Prestigegründen Sportler dopen ließ. Oder was muss man noch aufzählen um einen Staat, der keine

demokratische Legitimation hatte und in dem grobes Unrecht herrschte als Unrechtsstaat zu bezeichnen.

Sicher, auch in der alten Bundesrepublik gab es lange Zeit umstrittene Einschränkungen und Verbote. Noch heute stoßen wir auf Ungerechtigkeiten. Nicht nur Bärbel Bohley musste erkennen, dass Rechtsstaat und Gerechtigkeit nicht identisch sind. Doch wer versucht, den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie zwischen Unrechtsstaat und Rechtsstaat zu verwischen, als gäbe es nicht schwarz und weiß und betont die DDR sei nur grau gewesen, eine kommode Diktatur mit etlichen Errungenschaften, der versucht das Geschichtsbild über ein totalitäres Regime zu retuschieren. Diesen Versuch, mit dem Hinweis auf den Bau von Autobahnen, hat es schon mal gegeben – und wir alle wissen wie er ausging.

Deswegen sollten wir dem Bundespräsident dankbar sein, dass er die Wertgrundlagen unserer offenen Gesellschaft verteidigt und die Relativierung von Unrecht nicht durchgehen lässt.

Der künftige Ministerpräsident in Thüringen fühlte sich, wie er sagte, als Christ missachtet. Von einem evangelischen Pastor vorm Altar mit brennender Kerze. Nun hat er bisher nicht gerade als Christ um Vertrauen geworben. Offenbar konnten ihm seine Genossen auch nicht sagen, die jetzt so vehement seine Herkunft betonen, dass es ein Interview in der Gethsemanekirche war. Einst Zentrum der friedlichen Revolution, die ihm die Karriere vom westdeutschen Gewerkschaftsfunktionär zum Thüringer Fraktionschef der Linken ermöglicht hat. Klar, er war nicht in der SED. Leider verschweigen das aber die meisten Biografien in seiner Fraktion. Sie lesen sich eher wie das Wunschbild der Linken: Geboren im Wendeherbst, aufgewachsen an den Runden Tischen, politisiert von den sozialen Ungerechtigkeiten und der Siegerjustiz der westdeutschen Annexion. Warum stehen sie nicht zu ihren Lebensläufen, die angeblich durch die deutsche Einheit entwertet worden und verantworten sich endlich dafür, dass es keine Stasi- sondern eine SED-Diktatur war. Wir müssen endlich vom Schild und Schwert auf die Verantwortungsträger zu sprechen kommen.

Und was ist die christliche Botschaft, wenn man mit rotem Keil an der Jacke und Marx Miniatur in die thüringische Staatskanzlei einziehen will? Ironische Anspielung, Politfolklore oder Traditionsbekenntnis?

Der rote Keil über dem i der Linkspartei, viele wissen das nicht oder finden es belanglos, geht auf den russische Maler El Lissitzky zurück und sein Propagandaplakat „Schlagt die Weißen mit dem roten Keil“. Was der Bolschewiki mit der Zerschlagung der bürgerlichen Gesellschaft, der Bauernschaft und orthodoxen Kirche gelungen ist. El Lissitzkys starb noch bevor ihn die Säuberungen treffen konnten. Seine Frau und sein Sohn wurden nach Sibirien verbannt. Heute erleben wir mit Putin und seinem

völkischen Nationalismus die Folgen dieser roten Keile. Ich finde, 1920 konnte man das Symbol tragen, aber heute 2014 verbietet sich das.

Was Karl Marx anbelangt kann man darüber streiten, ob Lenin und Stalin seine Ideen nur entstellte oder eher zur Kenntlichkeit gebracht haben. Marx hat das Gespenst des Kommunismus in die Welt gesetzt. Er, der rechthaberische Philosoph, der keinen Philosophen neben sich gelten ließ, war davon überzeugt, dass er das Entwicklungsgesetz der Menschheit gefunden hat. Und weil ihm die Sache nicht schnell genug ging, hat er die Diktatur des Proletariats entworfen. Deswegen darf man ihn von der Verantwortung für das was in seinem Namen geschehen ist nicht freisprechen. Es war eine brutale Idee. Für seine kommunistische Gesellschaft verlangte er den neuen Menschen. Der alte sei „Kehrricht“, „Gesindel“. „Das jetzige Geschlecht“ – schrieb er – „hat nicht nur eine neue Welt zu erobern, es muss untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind.“ Das durfte Stalin durchaus als Handlungsanleitung für seinen Archipel GULAG verstehen und Ulbricht für sein Sozialismus- und Erziehungsexperiment hinter Mauer und Stacheldraht. Stasichief Mielke motivierte seine Tschekisten gern mit Marx Zitaten. Schon in den Statuten des Bundes der Kommunisten, die Marx und Engels verfasst haben, waren revolutionäre Wachsamkeit und Eliminierung verdächtiger Subjekte und Klassengegner gefordert.

Ich weiß nicht ob der nachlassende Geist der 68 er zur milden Nachsicht auf die Wirkungsgeschichte des Kommunismus geführt hat. Als Weltanschauung war er jedenfalls ein großer Irrtum und in der praktischen Umsetzung ein großes Verbrechen. Aber als Traum und Sehnsucht auf eine bessere Welt gehört er noch immer zum Repertoire von Demagogen.

Deswegen ist es mehr als ein Skandal, dass eine Partei, die um Vertrauen wirbt und angeblich das Grundgesetz achtet, eine kommunistische Plattform unterhält und neue Wege zum Kommunismus erkundet. Die Linkspartei ist nicht mehr die SED und keine totalitäre Bedrohung. Aber sie hat aus dem ökonomischen Fiasko und der falschen Sozialpolitik wenig gelernt. Nach wie vor gehört die Systemüberwindung zum Programm.

Gewiss, das wird in Thüringen nicht zu machen sein. Dort wird bei aller Sorge das christliche Abendland nicht untergehen. Das versuchen im Moment ganz andere Fanatiker. Ich habe auch kein Problem damit eine Koalition, die durch demokratische Wahlen zustande kommt zu akzeptieren. Auch wenn ich sie falsch finde. Nur einige Fragen sollten im Voraus unmissverständlich geklärt werden: Was in Thüringen und den anderen ostdeutschen Bundesländern an Problemen bestand und noch abgetragen und geleistet werden muss, hat vor allem mit dem Erbe der SED-Diktatur und weniger mit den Verwerfungen in Folge der deutschen Einheit zu tun.

Unsere Zukunft entscheidet sich auch in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Und das ist keine Marotte von vergnatzten Bürgerrechtlern.

Die Spaltung Deutschlands, dieses Narrativ, lässt sich am besten über Geschichten erfahren. In der letzten Zeit konnte man auf allen Kanälen sehen und hören und in den Medien lesen, was Menschen damals bewegt hat, wo sie am 9. November waren, was sie dachten, fühlten und erlebt haben. Das zeigt: die Geschichte brodeln und qualmt noch.

Auch in meinem Leben sind Mauerbau und Mauerfall zwei einschneidend prägende und unvergessliche Erlebnisse. Ich wollte es mir in diesen Tagen eigentlich verkneifen darüber zu reden. Doch es passt irgendwie hierher. Den Bau der Mauer habe ich nämlich hier in Baden-Württemberg erlebt. In Hemsbach an der Bergstraße. Wie jedes Jahr zuvor verbrachte ich dort bei meiner Großmutter einen Teil meine Schulferien. Mein Vater kam um mich abzuholen. Doch diesmal war es anders. An einem Sonntag im August 61 nahm er mich mit in den Dorfgasthof. In der Ecke lief ein Schwarz-Weiß-Fernseher mit bedrohlichen Bildern, die nach Krieg aussahen. Die aufgebrachten Männer sprachen vom Russen, der jetzt Berlin einnehmen wird und vom Ami, der sich das nicht gefallen lässt. Danach bin ich mit meinem bestürzten Vater wochenlang durch Baden-Württemberg gereist. Nach Ulm, Bruchsaal, Konstanz, Bad Mergentheim, Tübingen und Stuttgart. Er hatte hier ab 1927 nach seiner Schusterlehre als Berufssoldat unter Erwin Rommel gedient und wie er sagte noch viele alte Kameraden. Sie alle rieten ihm ab in die DDR zurückzufahren. Er sollte abwarten, wie sich die Sache entwickelt und nicht in die Falle gehen. Letztlich war es mein dringender Wunsch nach Sachsen zu meiner Mutter und Schwester zurück zu kehren. Mitte September fuhren wir dann in einem völlig leeren Interzonenzug zurück nach Leipzig. Voll bepackt mit Westproviand für die nächsten Jahre. Das Bild ist mir deswegen noch so in Erinnerung, weil die Züge in den Westen übervoll waren und ich hinzu die ganze Zeit im eng gedrängten Gang auf dem Koffer sitzen musste. Die Grenzpolizisten waren total verwundert und betrachteten uns wie Alien. Es war eine verblüffende Bewegung gegen den Strom. Wenige Jahre später starb der Bruder meines Vaters, mein Onkel Karl, der eine Metzgerei in Weinheim hatte. Dann seine Schwester, meine Patentante Paula. Es war die Zeit der völligen Abschottung, in der es selbst für Beerdigungen keine Besuchsreisen gab. Im Sommer 1966 wurde meine Schwester bei versuchter Republikflucht in Ungarn verhaftet. Das paneuropäische Picknick lag noch in weiter Ferne. Die Ungarn sperrten den West-Cousin, der die Flucht organisieren wollte, ins Gefängnis und konfiszierten sein Auto. Meine Schwester brachte Monate später ein Kind in Untersuchungshaft zur Welt. Kam frei, weil mein Schwager alles auf sich nahm und dafür 8 Jahre Zuchthaus erhielt. Mein Vater ist davon krank geworden und frühzeitig während meiner Abiturprüfung 1968 gestorben. Später starb meine Großmutter und andere Verwandte. Erst ab 1990 konnte ich deren Gräber

aufsuchen. Das ist nur ein Beispiel von den Tausenden, mein persönliches, wie Familien zerrissen wurden.

Mich hat das damals und die Niederschlagung des Prager Frühlings in die Opposition getrieben.

Die Erinnerung an die Mauer verblasst. Für Jugendliche, welche heute die Mauerreste in Berlin suchen scheint die Teilungsgeschichte soweit zurück zu liegen wie die Reste von Pompeji. Das belegen Umfragen, aber auch eine bezeichnende Episode:

Eine Bundestags Besuchergruppe, Schüler aus Bayern – sie hätten aber auch aus jedem anderen Bundesland, auch aus Ostdeutschland kommen können – fragten mich, wo denn früher mal die Mauer stand. Das kann man am Reichstag nur noch an einer Spur von Pflastersteinen erkennen. Daraufhin kam prompt die Frage, warum man denn den Bundestag so nah an die Mauer gebaut habe?

Die Mauer ist weg und hat zum Glück ihren Schrecken verloren. Wir müssen allerdings aufpassen, dass der Todesstreifen nicht zur Berliner Eventmeile mit Kunst- und Lichtinstallationen mutiert und im Nachhinein nur noch als bunte Graffitiwand oder East Side Gallery erscheint. In deren rostiger Armierung – und im Kontrast zur Scheidungsquote – heute die allseits beliebten, ansonsten Brücken und Geländer beschwerenden, Treueschlösser hängen. Wichtig bleibt für eine lebendige Erinnerung und konsequente Erinnerungskultur eine politische Öffentlichkeit, die sich erinnern will.

Wir müssen das Wort von der Unglaublichkeit des Mauerbaus ernst nehmen. Ansonsten wird schon bald niemand mehr glauben, dass so etwas inmitten einer Großstadt errichtet wurde. Ulbrichts Jahrhundertlüge: Niemand habe die Absicht eine Mauer zu bauen - hat bereits die satirische Fortsetzung gefunden: Niemand habe die Absicht einen Flughafen zu eröffnen. Aber Sie können hierzulande da durchaus auch Bahnhof einsetzen.

Hegel hat behauptet, dass sich jede historische Konstellation zweimal ereignet. Das ist mir durch den Kopf gegangen als ich gelesen habe, dass die Verteidiger von Rastatt, die für die erste deutsche Verfassung kämpften, hier in der Nähe 1849 den anrückenden preußischen Truppen entgegen riefen: „Wir sind das Volk“. Doch der König von Preußen befahl: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“. Was 1848/49 scheiterte, gelang 1989 – eine friedliche Revolution für Freiheit und Einheit. Es war ein langer Weg der Demokratie von der Frankfurter Paulskirche bis zur Leipziger Nikolaikirche. Dem Geschichtsverlauf gerecht werdend müsste es in unserer Nationalhymne eigentlich lauten: Freiheit, Recht und Einigkeit sind des Glückes Unterpfeiler. Noch besser wäre eine neue Hymne in der Verbindung von Brecht und Beethovens „Ode an die Freude“ gewesen.

Eine Melodie die bis 1960 die Hymne der gemeinsamen Olympiamannschaft war.

Noch ist der Ruf „wir sind das Volk“, der Anspruch nach direkter Demokratie nicht erfüllt. Ist die im Grundgesetz verbrieftete Machtausübung des Souveräns durch Wahlen und Abstimmungen im Bund nicht verwirklicht. Es ist nicht nur Politikverdrossenheit, wenn viele nicht zur Wahl gehen. Oft ist es auch eine unproblematische Form des Egaleins, wenn man nur alle vier Jahre zwei Kreuze machen darf und ansonsten nicht gefragt wird.

Das euphorische Glücksgefühl des Mauerfalls konnte nicht von Dauer sein. 25 Jahre danach lässt sich die Lage der Nation mit drei Worten beschreiben: deutsch, aber glücklich. Wir haben erstaunliches erreicht. Mit enormer finanzieller und personeller Unterstützung aus den alten Bundesländern ist in Ostdeutschland ein Nationales Aufbauwerk entstanden. In der DDR hieß das mal NAW und bestand am Ende nur noch aus unbezahlter Arbeit für den Bezug einer Plattenbauwohnung. „Ruinen schaffen ohne Waffen“ lautete die sarkastische Beschreibung des Städteverfalls. Mit dem Aufbau Ost sind zum Glück ganze Stadtquartiere dem Tod von der Schippe gesprungen. Und obwohl es noch immer Defizite und Probleme gibt und etliche es nicht wahr haben wollen, hat sich längst ein zweites Wirtschaftswunder angebahnt. Hat sich die Erkenntnis verbreitet, dass es in Deutschland weitere Regionen gibt, die vieles können, außer Hochdeutsch.

Vielleicht erklärt sich die ostdeutsche Skepsis mit der Eigenart den Erfolg oder Gelingen mit dem Spruch: „da kannst du nicht meckern“ zu kommentieren. Ein weit verbreitetes Phänomen. Jüngste internationale Umfragen belegen: Deutschland ist das beliebteste Land in der Welt. Dennoch suchen wir das Haar in der deutschen Suppe und wenn keins zu finden ist, schütteln wir solange den Kopf, bis eins reinfällt.

Vielleicht liegt es aber auch an der diffusen Zielbeschreibung von der Vollendung der Inneren Einheit. Denn das klingt wie Novalis Suche nach der blauen Blume der Romantik. Die Einheit existiert. Die viel zitierte Mauer in den Köpfen ist oft nur das Brett davor. Anstatt ständig unsere Einheit zu suchen und zu beschwören, sollten wir lieber unsere Freiheit in Vielfalt feiern. Oder salopp gesagt: dort wo früher nur Schrippen im Angebot waren, sind heute auch Wecken gefragt, tun wir gut daran unsere kulturelle Vielfalt nicht im klein karierten Ost-West-Streit zu versemeln.

Ich kann nicht bestätigen, dass wir Ostdeutschen vom Paradies träumten und in Nordrhein-Westfalen aufwachten. Es wäre im Übrigen keine schlechte Gegend gewesen um auf den Boden der Tatsachen zu kommen. Heute erinnert dort der Zustand der Infrastruktur mancherorts eher an die DDR. Hat der Verlegenheitsbegriff der neuen Länder einen anschaulichen

Sinn bekommen. Sollte der Soli, falls wir ihn behalten, künftig nach regionaler Bedürftigkeit vergeben werden.

Aus der Geschichte zu lernen heißt heute den Mut und die Kraft aufzubringen, da wo Diktatur, Unterdrückung und Willkür herrschen, den Beherrschten zu helfen. Mauern einzureißen, damit Menschen in Frieden und Freiheit leben können. Und in Europa dafür zu sorgen, dass bis hin zur Ostukraine keine neue Mauern entstehen.

Uns droht kein kalter Krieg - eher ein Kältekrieg, wenn man Putins Strategie: was ist die Nato-Osterweiterung gegen die Westausdehnung von GASPROM begreift. Deswegen brauchen wir dringend eine europäische Energiepolitik, die uns aus Abhängigkeitszwängen befreit und auf alternative Energien und rationelle Energieanwendung setzt.

Wir haben schmerzhaft Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung, haben Millionen Vertriebene aufgenommen, Zeiten erlebt in denen Schleußer und Schlepper noch Fluchthelfer hießen. Angesichts der abscheulichen Brutalität mit der Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden ist es eine Sache der Barmherzigkeit und Nächstenliebe noch mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen und zudem für eine bessere und angemessene Verteilung in der EU und künftigen Beitrittsländern zu sorgen.

Aber was ist das für eine heldenhafte Tat, fragwürdige Begründung und makabere Geschichtsverdrehung, wenn man die Kreuze von Mauertoten entwendet, um sie an den Außengrenzen der EU aufzustellen. Bei allem Verständnis für Protest zum Umgang mit Flüchtlingen: die Grenzpolizei der EU hat keinen Schieß-, sondern einen Hilfsbefehl.

Kants Traum vom ewigen Frieden hat sich mit dem Mauerfall, trotz aller Hoffnungen, tatsächlicher Möglichkeiten und Vereinbarungen nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Generation des Nach-Mauer-Falls stößt auf neue Probleme und Herausforderungen. Die Welt scheint mit unfassbarem Terror, neuen Kriegen und Seuchen aus den Fugen zu geraten.

Bald feiern wir 25 Jahre deutsche Einheit. In dieser Zeit haben wir uns stärker und schneller in Richtung europäische Zukunft bewegt, als wir das im Alltag spüren. Jetzt muss sich der Zusammenhalt der Nation im europäischen Kontext bewähren - geht es um größere Verantwortung in der Welt. Darum müssen wir die großen Erzählungen wach halten und einen tragfähigen Gesellschaftsentwurf entwickeln. Denn unsere deutsch-deutsche Erfahrung, dass die Teilung durch teilen überwunden werden kann, hat eine europäische, eine globale Dimension bekommen.